

Liebe Leserinnen und Leser,

ob die anhaltende **Corona-Pandemie**, der fortschreitende **Klimawandel** oder der verheerende **Brand in Moria** - die Herausforderungen an unsere Europäische Union sind enorm und komplexer denn je. Daher ist es gerade jetzt ganz wichtig, dass wir alles dafür tun, damit Europa zusammenhält - nicht nur in guten, sondern vor allem auch in schlechten Zeiten. Und dafür braucht es einen **gesamteuropäischen Ansatz** und für alle Mitgliedstaaten **verpflichtende Umsetzungsstrategien!**



Ich hoffe auf die **EU-Sondertagung des Europäischen Rates** vom 1.-2.10.2020 in Brüssel. Es gibt aber auch erfreuliche Nachrichten: In diesem Jahr feiert die CSU ihr **75-jähriges Bestehen**. Und in einer Welt, in der es gilt, immer höher, immer schneller, immer besser, immer weiter zu gehen, braucht es Halt. Es braucht Halt in einer Heimat, wo wir unsere **Werte** und unsere **Traditionen** pflegen können und diese auch als Partei zurückgeben. Aber wir brauchen auch Offenheit für Neues! Das gilt für den Klimawandel, für die Fragen der Migration, aber auch für sicherheitspolitische Fragen. Für mich ist die CSU so etwas wie ein **Fels in der Brandung**, der dann ganz besonders fest stehen muss, wenn Pessimisten, Populisten und Radikalisten um sich greifen und versuchen, unsere Gesellschaft zu spalten. Und genau deshalb braucht es eine **Volkspartei** wie unsere CSU!

Anbei finden Sie noch die **Brüsseler Notizen zur Außen- und Entwicklungspolitik** aus dem Europa-Büro der **Hanns Seidel Stiftung**. Die Verbindungsstelle Brüssel beobachtet und erklärt aktuelle EU-Politik und steht dabei im Dialog mit den EU-Institutionen, Vertretungen der Mitgliedsländer, Medien, Verbänden und Denkfabriken. Ein sehr wichtiger Beitrag zur Herausbildung einer **lebendigen europäischen Öffentlichkeit!** Ich wünsche Ihnen eine schöne und erholsame Sommerzeit.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen



Mein Europa

Rede der Kommissionspräsidentin und Debatte “State of the Union 2020”

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hielt am 16. September ihre erste Rede zur Lage der Europäischen Union. Nach einem Jahr im Amt ist es Zeit, dass von der Leyen ihre Ankündigung von der geopolitischen EU-Kommission wahrmacht. Die derzeitigen Krisen in Belarus, der Konflikt mit Russland sowie der Gasstreit zwischen der Türkei und Griechenland zeigen, dass wir endlich konkrete Vorschläge brauchen, um die Handlungsfähigkeit der EU nach außen zu stärken. Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik können dabei nur ein erster Schritt sein. So benötigen wir auch endlich eine gemeinsame europäische Strategie für den Umgang mit Afrika und China.

Jetzt müssen von der EU-Kommission auch weitere Impulse zur Bekämpfung der Coronakrise kommen. Der Flickenteppich bei Grenzsicherungen, Reisebeschränkungen und Quarantäneverpflichtungen ist unerträglich. Dieses Chaos muss schnellstens geordnet werden. Wir brauchen so rasch wie möglich einheitliche und einfache Regeln in Europa und die Kommission sollte dabei die treibende Kraft sein.

Der Klimawandel ist eine riesige Herausforderung für die EU und es ist richtig, dass die Europäische Union im Klimaschutzgesetz festschreibt, dass der Kontinent bis 2050 klimaneutral sein muss. Für uns ist klar: Klimaneutralität ist machbar, muss aber ohne Verlust von Arbeitsplätzen und Industrieverlagerung möglich sein. Wir brauchen ein Klimagesetz, das Bürgern und Wirtschaft gleichermaßen gerecht wird. Wir wollen Marktwirtschaft und möglichst wenig Ordnungsrecht.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Datenerhebung für Schiffsemissionen

Auch der internationale Schiffsverkehr muss seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Eine ordentliche, einheitliche internationale Datenerhebung ist dabei ein notwendiger und wichtiger Schritt, den wir nachdrücklich unterstützen. Wir konnten in dem Verfahren zahlreiche Verbesserungen erreichen, beispielsweise dass Vorleistungen derjenigen, die schon in saubere Schiffe investiert haben, anerkannt werden und dass das Verursacherprinzip gilt.

Wir unterstützen auch grundsätzlich die Idee von Kommissionspräsidentin von der Leyen, den Schiffsverkehr in den Emissionshandel einzubeziehen. Wir sind aber nicht einverstanden, dass die Grüne Berichterstatterin diese Einbeziehung in den Emissionshandel im Rahmen einer anderen Gesetzgebung durch die Hintertür und ohne Folgenabschätzung beschließen lassen will. Eine solche tiefgreifende Änderung braucht mehr Vorarbeit und einen eigenen Gesetzgebungsvorschlag der Kommission.

Mit der 2015 angenommenen EU-Verordnung „über die Überwachung von Kohlendioxidemissionen aus dem Seeverkehr, die Berichterstattung darüber und die Prüfung dieser Emissionen“ („EU-MRV-Verordnung“), müssen Schifffahrtsunternehmen seit 2017 ihre jährlichen CO₂-Emissionen und andere relevante Informationen übermitteln. Seit 2019 gibt es ein internationales Datenerfassungssystem der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation (IMO), an welches die EU-MRV Verordnung mit dem jetzigen Gesetz angepasst werden soll. Eine Einbeziehung des Schiffsverkehrs in den Emissionshandel ist darin

ursprünglich nicht vorgesehen gewesen. Mit der Verabschiedung im Plenum können nun die Trilogverhandlungen beginnen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Gefährliche Eskalation im Mittelmeer - die Rolle der Türkei

Seit dem Frühjahr 2019 führen türkische Bohrschiffe Probebohrungen im Meeresboden innerhalb der Wirtschaftszone (EEZ) Zyperns durch. Nach den Bestimmungen des internationalen Seerechts (UNCLOS) dürfen Bodenschätze innerhalb der EEZ eines Anrainerstaats nicht von anderen Staaten ausgebeutet werden. Im November 2009 schlossen die Türkei und Libyen ein bilaterales Abkommen über eine Sonderwirtschaftszone im Mittelmeer. Diese Zone verletzt Souveränitäts- und Nutzungsrechte Griechenlands, unter anderem vor der Küste von Kreta. Die EU arbeitet deshalb derzeit an einer Liste mit möglichen Sanktionen gegen die Türkei. Die EU-Staats- und Regierungschefs werden voraussichtlich bei einem Sondergipfel am 24. September darüber entscheiden.

Die Eskalationsspirale im Mittelmeer muss gestoppt werden. Dass in dem Streit um Erdgasvorkommen sogar nun die Kriegsgefahr vor den Toren Europas wächst, ist inakzeptabel. Die Türkei tritt zunehmend als Aggressor auf und missachtet in dem Konflikt das Völkerrecht. Schließlich gelten im Mittelmeer wie in jedem anderen Ozean die Regeln des Seerechts, die Anrainerstaaten Gewässer zur ausschließlichen Nutzung zugestehen. Sowohl Ankara als auch Athen müssen nun Dialogbereitschaft zeigen. Für die griechische Regierung sollte das naturgemäß einfacher sein, gerade weil sie im Recht ist und die Unterstützung der Partner hat. Trotzdem ist es richtig, wenn die EU Klartext gegenüber Erdogan spricht. Wirtschaftssanktionen sowie die Aussetzung des Zollabkommens mit der Türkei dürfen keine Tabu-Themen sein.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Lage in Belarus & Vergiftung Alexej Nawalnys

Die Lage in Belarus spitzt sich weiter zu. Noch immer protestieren täglich tausende Menschen friedlich für freie Wahlen. Mit der Verhaftung der Oppositionspolitikerin Maria Kolesnikowa durch das Lukaschenko-Regime ist nun eine neue Eskalationsstufe erreicht. Die EU muss jetzt Flagge zeigen. Deshalb müssen die von den EU-Außenministern geplanten EU-Sanktionen gegen Unterstützer des belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko so schnell wie möglich beschlossen werden. Dass Zypern sich vorerst dagegen sperrt und damit die EU blamiert, ist inakzeptabel. Die Forderung Nikosias im Gegenzug auch neue Sanktionen gegen die Türkei wegen der Erdgasbohrungen im Mittelmeer zu verhängen, mag verständlich sein. Nichtsdestotrotz dürfen beide Krisenherde nicht vermergt werden.

Nicht nur gegen Belarus, sondern auch gegen Russland sollte die EU neue Sanktionen verhängen. Es ist offensichtlich, dass sich der Kreml hinter Alexander Lukaschenko stellt. Die Vergiftung Alexej Nawalnys und Moskaus Weigerung, die Tat ernsthaft aufzuklären, heizen den Konflikt zusätzlich an. Der Anschlag auf Nawalny mit einem Kampfgas aus der Nowitschok-Familie ist eine klare Verletzung des Völkerrechts. EU-Sanktionen sind damit unerlässlich.

Die geplanten Sanktionen gegen Belarus richten sich gegen rund 40 Personen, denen eine Beteiligung an Wahlfälschungen oder der gewaltsamen Niederschlagung von friedlichen Protesten vorgeworfen wird. Machtinhaber Lukaschenko selbst soll zunächst nicht darunter sein.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

EU-Koordinierung der Corona-Maßnahmen

„Wo muss ich Maske tragen? Rote, orange oder grüne Zonen? Ist die Grenze auf oder zu? Wohin darf ich überhaupt noch reisen? Quarantäne 5, 10 oder 14 Tage? Was gilt heute? Was gilt morgen?“ - diese Fragen stellen sich notgedrungen europaweit viele Bürger. Die in Europa gültigen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie sind nach wie vor ein nicht zu überblickender Flickenteppich. EU-Mitgliedstaaten und Regionen lassen weiterhin die notwendige Koordination untereinander vermissen und machen den Bürgerinnen und Bürgern das Leben dadurch unnötig schwer. Wir fordern schnell mehr Koordination und Einheitlichkeit der Maßnahmen innerhalb der Europäischen Union und unterstützen nachdrücklich die zuletzt dazu eingeleiteten Initiativen der Kommission und der deutschen Ratspräsidentschaft.

Die Coronakrise ist nach wie vor nicht überstanden. Zuletzt stieg die Zahl der Infizierten in einigen Mitgliedstaaten wieder stark. Die national und regional ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronakrise in Europa sind dabei nach wie vor uneinheitlich und unkoordiniert. Grenzschiessungen, Testpflichten, Reisewarnungen, Quarantänebestimmungen und Maskenpflichten ändern sich teilweise täglich und beeinträchtigen damit die Bewegungsfreiheit in Europa. Selbst bei bestem Willen fällt es vielen Bürgerinnen und Bürgern schwer, stets alle für sie gültigen Regelungen zu befolgen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Mein Mittelfranken

Mittelfränkischer Agrargipfel: Faire Bedingungen für unsere Bauern

Beim Treffen der europäischen Agrarministerkonferenz Ende August wurden die politischen Weichen der künftigen gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), des EU-Haushalts sowie des Green Deal gestellt. Daher diskutierte ich zusammen mit Vertretern aus Politik und Bauernverband beim Mittelfränkischem EU-Agrargipfel über zukünftige Regelungen. Zu Recht. Denn was mit der „Farm-to-Fork“-Strategie so vielversprechend klang, verpuffte mit deren Veröffentlichung. Nur bedingt hat man hier die ganze Lebensmittelkette im Blick. Das Augenmerk liegt nach wie vor auf dem ersten Glied in der Kette, der Landwirtschaft. Für mich ist sie jedoch Teil der Lösung - nicht Teil des Problems.

Die vollständige Momentaufnahme finden Sie [hier](#)

Im Gespräch mit dem Bayerischen Waldbesitzerverband: „Die Land- und Forstwirtschaft ist die Wunderwaffe unserer grünen Zukunft“

Mitte August habe ich mich mit dem Präsidenten des Bayerischen Waldbesitzerverbands, Josef Ziegler, in Lauf getroffen. In dem Gespräch ging es um den Green Deal und die Biodiversitätsstrategie der Europäischen Union und ihre Auswirkungen auf die Forstwirtschaft. Denn mit Blick auf den Plan zur Klimaneutralität befürchten Waldbesitzer viele weitere Auflagen und Einschränkungen ihrer bewährten nachhaltigen Waldwirtschaft.

Den vollständigen Pressebericht finden Sie [hier](#)

Afrikanische Kultur im Landkreis Roth

Ein Schaufenster für Kunst aus Afrika: Seit 22 Jahren platziert Fritz Meyer im Georgensgmünder Ortsteils Wernsbach eine Skulpturengalerie mit Werken von Bildhauern aus Zimbabwe, genannt "Into Afrika". Jedes Jahr veranstaltet er auch einen großen Workshop mit Künstlern aus dem afrikanischen Land. Einige von ihnen gehören zu den besten Bildhauern der Welt, wie Meyer findet. Und auch ich bin begeistert!

Die vollständige Momentaufnahme finden Sie [hier](#)

Laufer Mühle: Solidarität in Ausnahmezeiten

Die Auswirkungen der Corona-Krise für die Wirtschaft sind enorm. Ob Umsatzeinbrüche, Kurzarbeit, Insolvenzen - die meisten Unternehmen leiden unter den Folgen der Pandemie. Wie aber ergeht es sozialen Betrieben und Inklusionsunternehmen in der Region? Um dieser Frage nachzugehen, habe ich vor Ort mit Verantwortlichen und Betroffenen des Sozialunternehmens Laufer Mühle gesprochen.

Die vollständige Momentaufnahme finden Sie [hier](#)

Besuch in der Boxdorfer Werkstatt: Integration und Inklusion im Norden Nürnbergs

Arbeitsplätze der besonderen Art habe ich in Boxdorf besucht: Zusammen mit Katharina Bast, Referentin Europa bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e. V. (BAG WfbM), habe ich mir von den Geschäftsführern Thomas Wedel und Peter Pfann die Vielfalt der Boxdorfer Werkstatt zeigen lassen. Im anschließenden Gespräch wurde schnell klar: um Menschen mit Behinderung wirkliche Teilhabe am Leben zu ermöglichen, muss nicht nur das Entgeltsystem in den Werkstätten reformiert werden.

Den vollständigen Pressebericht finden Sie [hier](#)

Herzengangelegenheiten

Sondertreffen der Agrarminister: „Unsere Bauern sind bereit ‚alles zu geben‘“

Am 27. August hat ein Sondertreffen der Agrarminister der Länder zum Thema „Verbesserte Tierhaltung“ in Berlin stattgefunden. Wenn wir die Tierhaltung weiter und konsequent verbessern wollen, brauchen wir Geld - viel Geld. Die Borchert-Kommission hat hierfür ein vernünftiges, realisierbares und für Alle bezahlbares Konzept vorgelegt. Die Agrarministerkonferenz hat nun die Chance, einen klaren Beschluss dafür zu fassen und das Papier der Borchert-Kommission sowie deren Kriterien als entscheidende Basis zu nehmen.

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

Neue EU-Afrika-Strategie: „Wir müssen das vorherrschende System vom Kopf auf die Füße stellen“

Anfang September wurde der Bericht „Neue EU-Afrika Strategie“ im Agrarausschuss abgestimmt. Afrika ist stark und hat ein großes Potential. Gerade Frauen sind hier die wahren Perlen. Sie tragen Verantwortung für das Überleben ihrer Familien und managen Haus, Hof, Feld und Kinder. Aber sie besitzen weniger als zehn Prozent der Felder. Hillary Clinton hat es 2011 treffend gesagt: „Wenn alle afrikanischen Frauen vom Kap bis Kairo sich entschließen, nicht zu arbeiten, würde die gesamte Wirtschaft des Kontinents wie ein Kartenhaus zusammenbrechen!“ Wenn wir diesem Kontinent eine Zukunft geben und Massenflucht verhindern wollen, müssen wir das vorherrschende System vom Kopf auf die Füße stellen.

Die vollständige Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

GAP-Reform: Positionspapier der EVP-Fraktion

Die EVP-Fraktion ist die erste Fraktion, die ein Positionspapier zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) veröffentlicht hat - und bleibt damit auch weiterhin die Stimme unserer europäischen Landwirte und unserer ländlichen Gemeinden. Wir betrachten die Landwirtschaft als einen strategischen Sektor. Wir glauben an eine multifunktionale, auf Familienbetriebe in ganz Europa ausgerichtete GAP, die es den Landwirten ermöglicht, das zu tun, was sie am besten können: qualitativ hochwertige Lebensmittel zu produzieren, für die wir bekannt sind. Unsere Fraktion steht für einen diversifizierten, wettbewerbsfähigen Sektor, der sichere, qualitativ hochwertige Lebensmittel in ausreichender Menge produziert und gleichzeitig auf die berechtigten gesellschaftlichen Bedenken hinsichtlich Umwelt, Klimawandel und Tierschutz reagiert. Wir müssen diese Herausforderungen daher gemeinsam mit unseren Landwirten angehen, indem wir nachhaltige Produktionsmuster unterstützen und Anreize schaffen, zu Klima-, Biodiversitäts- und Umweltzielen beizutragen.

Das Positionspapier der EVP-Fraktion finden Sie [hier](#)

CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament: Schreiben von Daniel Caspary Prof. Dr. Angelika Niebler zu "Sperrklausel"

Aus Anlass der Beschlussfassung des Koalitionsausschusses zur Bundeswahlrechtsreform richteten sich unser Vorsitzender Daniel Caspary und unsere Co-Vorsitzende Prof. Dr. Angelika Niebler mit der Bitte an den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus, und den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Alexander Dobrindt, mit den gesetzlichen Neuregelungen für die Bundestagswahlen 2021 und 2025 in diesem September das Gesetz zur Ratifikation der Änderung des Akts zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments in den deutschen Gesetzgebungsgang im Bundestag zu verabschieden.

Nach Zustimmung des Europäischen Parlaments am 4. Juli 2018 hatte der Rat der Europäischen Union diese Änderung am 13. Juli 2018 beschlossen. Mit dem Inkrafttreten des Beschlusses nach Zustimmung der Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren jeweiligen verfassungsrechtlichen Vorschriften ist Deutschland verpflichtet, eine Mindestschwelle für die Sitzvergabe von nicht weniger als zwei Prozent festzulegen.

Das heißt, um Zersplitterung zu vermeiden, sollte auch bei der Europawahl in Deutschland eine Prozhürde von zwei Prozent eingeführt werden.

CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament: David McAllister (CDU) zur Einleitung rechtlicher Schritte gegen das Vereinigte Königreich durch die EU-Kommission

Die Europäische Kommission hat erste, rechtliche Schritte gegen das Vereinigte Königreich eingeleitet, da mit dem „Internal Market Bill“ wesentliche Teile des Austrittsabkommens verletzt werden. Damit verfolgt die Kommission konsequent ihre angekündigte Haltung.

Das Austrittsabkommen, einschließlich des Protokolls zu Irland und Nordirland, darf in keiner Weise gefährdet werden. Dieser höchst ungewöhnliche Schritt zwischen Partnern und Verbündeten sollte von der britischen Regierung noch einmal überdacht werden.

Gleichzeitig wird die EU weiterhin mit vollem Engagement an einen Abkommen für die künftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich arbeiten. Morgen wird die neunte Verhandlungsrunde zu Ende gehen. Wir stehen unter einem enormen Zeitdruck. Bis spätestens zum 31. Oktober muss ein unterschriftsreifer Text vorliegen, damit das Europäische Parlament genügend Zeit für eine gründliche Prüfung hat.

Lesenswert

RTL/ntv-Trendbarometer vom 26. September: CDU/CSU 35, Grüne 21, SPD 15, AfD 9, Linke 8, FDP 6 Prozent

Angela Merkel hat mit ihrem gerade in der Corona-Krise geschätzten unprätentiösen Politikstil extrem großes Vertrauen bei der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger gewonnen (einzige Ausnahme: AfD-Anhänger und nörgelnde intellektuelle Kulturkritiker). Bei der kommenden Bundestagswahl entsteht somit für die Union ein Vertrauensvakuum: Rund die Hälfte der jetzigen Wähler der Union werden nicht automatisch wieder der CDU oder CSU ihre Stimme geben, sondern machen ihre Entscheidung davon abhängig, wer Kanzlerkandidat der Union wird. Von den derzeitigen potentiellen Kandidaten hätte Markus Söder die größte Bindekraft: Er könnte zurzeit über 80 Prozent der bisherigen Wähler der Union wieder zur Stimmabgabe für die Union bewegen. Von den jetzigen

CDU/CSU-Wählern würden im Fall eines Wechsels bei der Wahl 2021 - anders als immer noch viele der CDU-Funktionärskader unterstellen - nur wenige zur AfD, sondern die meisten zu Parteien der Mitte abwandern.

Die einzelnen Ergebnisse der Forsa-Umfrage finden Sie [hier](#)

Publikation der Hanns Seidel Stiftung: 75 „Enthüllungen über eine Partei“

75 "Enthüllungen", d.h. 75 spannende Artikel zur CSU-Geschichte. Die Publikation aus Anlass des 75-jährigen Jubiläums der CSU beleuchtet die Entwicklung der Partei, ihre Politik, ihre Wirkung und ihre Leistungen und sie zeigt ihre Rolle innerhalb der historischen, ökonomischen und politischen Entwicklungen Bayerns und Deutschlands seit 1945 auf. Sie dokumentiert, was die Partei in Bayern für die bayerische und deutsche Politik erreicht hat. In 75 "Enthüllungen", mit dem Titel eine legendäre Serie von Wahlkampfmagazinen der 1970er-Jahre aufgreifend, analysieren und bilanzieren mehr als 30 Autorinnen und Autoren ausgewählte Ereignisse, zentrale Wegmarken und wichtige politische Themen der Parteigeschichte. Die Experten aus Wissenschaft, Journalismus und dem politischen Umfeld erhellen und enthüllen in knappen, informativen Schlaglichtern Wirken und Wirkung der CSU und ihrer maßgeblichen Politikerinnen und Politiker. Die Artikel werden zudem in dem neugeschaffenen Webportal "Geschichte der CSU" in einer elektronisch abrufbaren Fassung publiziert: www.csu-geschichte.de (online ab 12. September 2020). Dieses Portal ruft zum Mitmachen und Fortschreiben der Parteigeschichte auf und bietet Raum für weitere Artikel zu Personen, Ereignissen und Themen.

Die vollständige Publikation der Hanns Seidel Stiftung finden Sie [hier](#) (Registrierung erforderlich)

Analyse der Konrad Adenauer Stiftung: Verschwörungsmythologische Tendenzen in der Corona-Krise

Proteste gegen staatliche Maßnahmen zur Corona-Pandemie-Bekämpfung haben massiven Zulauf, besonders in Baden-Württemberg. Die Protestbewegungen lassen sich als „glokalistische Gruppen“ einordnen. Diese nutzen globale Medien und Erzählungen, um die politische Globalisierung als Verschwörung anzuprangern. Gleichzeitig stärken sie so regionale Identitäten. Unser Analysen und Argumente wirft einen Blick auf die Protestbewegungen und gibt Handlungsempfehlungen, wie sie sich eindämmen lassen.

Die vollständige Analyse der Konrad Adenauer Stiftung finden Sie [hier](#)

Gastkommentar auf Focus Online: Dieter Nuhr ist kein „Komiker“ und Wissenschaft darf nicht politisch korrekt werden

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) feiert ihren 100. Geburtstag. Zu diesem Anlass holte die Organisation von Dieter Nuhr ein Statement zum Thema Wissenschaft ein. Die Sprachnachricht wurde nach Kritik von der Seite der DFG genommen. Doch dabei sollte etwas anderes kritisiert werden, wie Ulrich Reitz findet.

Den vollständigen Artikel finden Sie [hier](#)



Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brücker Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

mittelfranken@marlenemortler.eu
www.marlenemortler.eu

Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Sarah Schöffler